

Wie müsste eine künftige sozialdemokratische Tageszeitung in Zürich aussehen?

Autor(en): **Pesch, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **54 (1975)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339041>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie müsste eine künftige sozialdemokratische Tageszeitung in Zürich aussehen?

«Soles occider' et redire possunt», so sang einst der alte Römer Catull, und das heisst: «Sonnen können sinken und erstehen.»

Auch verschwundene Zeitungen können wieder erstehen. Aber wir wollen diesem Vergleich sein Recht auf Hinken nicht versagen, denn die untergegangene «Zürcher AZ» mit einer Sonne zu vergleichen, wäre wohl *die* Übertreibung dieses Jahrzehntes.

Wie müsste die Auferstandene aussehen?

Nach einem Wort von G. B. Shaw unterscheiden sich Sozialisten und Kapitalisten unter anderem dadurch, dass erstere vom Klassenkampf reden, letztere aber ihn führen.

Unsere neue ersehnte Zeitung brauchte also das Wort «Klassenkampf» nicht einmal zu verwenden, wenn sie ihn nur führte. Sie müsste ein Kriegsmittel sein. «Im Kriege», hat einmal Maréchal Foch gesagt, «muss man wissen, was man will, und dann nur das wollen.»

Zwei Hauptaufgaben einer sozialdemokratischen Tageszeitung lassen sich denken, zwischen denen man aber wählen muss:

Entweder: Werbung neuer Anhänger, oder: Schulung schon gewonnener Anhänger.

Nach meiner Erinnerung – ich bin jetzt schon etwa 40 Jahre in der Partei – hat unsere Presse die erstere Aufgabe nie erfüllen können. Immer machten unsere Wählerzahlen ein Vielfaches aus von unseren Abonnentenzahlen. Man abonnierte das «Volksrecht», nachdem und weil man aus praktischen Erfahrungen im Beruf, als Mieter, in der Gewerkschaft oder infolge persönlicher Kontakte Sozialdemokrat geworden war. Bei der freisinnigen «NZZ» ist es umgekehrt, die hat bedeutend mehr Leser als Wähler.

Das alte «Volksrecht» hatte jahrzehntelang existiert, dank Idealismus, Agitation und erträglicher finanzieller Hilfe der GDZ. Aber ein Massenblatt konnte es nicht werden. Dem standen a) materielle und b) ideologische Gründe entgegen.

Zu a). Da gibt es zwei Hauptarten von Massenblättern. Zunächst einmal seriöse, wie die «NZZ» und der «Tages-Anzeiger». Um solche aufzubauen, bedarf es eines ungeheuren Anfangskapitals. Das wird uns ewig fehlen. Nur dem, der da hat, wird gegeben.

Oder man könnte daran denken, für die Riesenzahl der geistig anspruchslosen Leser ein sogenanntes Boulevardblatt herauszugeben, Typus «Blick». Übrigens bedürfte es auch hierzu eines kräftigen Anfangskapitals.

Aber vor allem würde das Vorhaben scheitern am oben angetönten ideologischen Grunde.

b) Wir müssten uns nämlich vor allem an die fast eigentumslose Arbeitnehmerschaft wenden, schon weil es die grösste Volksschicht ist. Aber auch die heikelste. Zwar hat uns Karl Marx versprochen, dass die ökonomische Lage mit der Zeit auch die entsprechende Ideologie hervorbringe. Aber er hat auch gesagt, dass die Arbeiterbewegung, verglichen mit Bewegungen anderer ökonomischer Schichten, am meisten an Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten leide, dass sie stets wieder zurückschrecke vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis sie aber in eine Lage komme, die jede Umkehr unmöglich mache.

Modern erklärt man das mit dem Begriffe «time-lag», das heisst Verzögerung einer an sich fälligen Umwandlung aus zeitlichen Gründen. So waren zum Beispiel die ersten Kapitalisten auch die ersten Nationalisten, weil sie die Nation als Zoll- und Wirtschaftseinheit brauchten gegenüber der feudalen Verzettlung. Heute sind sie Internationalisten, die Börse in New York steht ihnen näher als die Arbeiterschaft im eigenen Lande.

Unsere Arbeitnehmerschaft aber besteht, von geschulten Kernen abgesehen, aus geistigen Fussgängern. Seit kurzem haben sie den von den besseren Herrschaften längst abgelegten Nationalismus neu entdeckt. Sie kämpfen in England gegen die EG und in der Schweiz gegen die angebliche Überfremdung. Übrigens haben auch, ein anderes Beispiel für «time-lag», die letzten Bollwerke gegen das Frauenstimmrecht in den Stimmurnen der Arbeiterquartiere bestanden.

Das enge Zusammenleben in den Grossbetrieben, das enge Zusammenwohnen in Mietskasernen und die Enge des Verkehrs auf dem Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort haben eine Art Feigheit erzeugt. Man nimmt sich vor dem Mitmenschen mehr in acht, man meint, Neutralität sei eine Tugend und Politik sei ein «wüstes Wort». Mindestens will man nicht, dass der andere aus der Zeitung im Briefkasten erfahren könne, wo man politisch stehe.

«Unser Volk ist kränker, als es weiss», hat vor einigen Jahren schon Adolf Muschg im Fernsehen gesagt.

Unsere künftige Zeitung muss daher, wie früher, eine Art tägliches Schulbuch für den Sozialdemokraten sein, damit er in Diskussionen, in den Gewerkschaften, in Sportvereinen und – last not least – in den Parlamenten das Gelernte verwenden kann.

Von ihrer Taufe an hat sich die «AZ» entgegen den obigen Ausführungen verhalten. Wie kläglich schlau war einerseits die Abschaffung des Namens «Volksrecht», dafür aber im Text ein krakehliges Schnauzenrevoluzzertum, dass es einen grausen mochte.

Die «AZ» beging die beiden Hauptfehler sozialdemokratischer Propaganda, vor denen Lenin gewarnt hatte. Der eine heisst «Schwanzpolitik» und der andere «Sektierertum». Unter ersterem versteht man, sich bei irgendeiner Massenstimmung hinten anzuschliessen, um dabei zu sein.

Politisches Sektierertum liegt dann vor, wenn man Nebenprobleme hysterisch aufbauscht, welche nur Randfiguren interessieren, die Gesamtinteressen der Arbeitnehmerschaft aber nicht weiterbringen.

Zwei Beispiele für Schwanzpolitik:

1. Freilich kämpfte die «AZ», das sei anerkannt, gegen die eigenbrötlerischen Bestrebungen eines Oehen oder Schwarzenbach. Aber sie trug einer gewissen Massenstimmung insofern Rechnung, als sie selber über das Unbehagen der Arbeiter wegen der vielen Fremden klagte, aber nur befugte, dass daran die Kapitalisten schuld seien und dass andere Wege zur Abhilfe führen müssten als die von Oehen & Co. Zu Lenins Zeiten war ein grosser Teil der russischen Arbeiterschaft antisemitisch, aber solchen ist Lenin mit schneidender Schärfe entgegengetreten, auch wenn er dabei Anhänger verlor. Unsere Zeitung müsste den Lesern sagen, dass Europa nicht durch Europäer überfremdet werden könne, sowenig als Amerika durch Amerikaner, und dass ohne Europäisierung der Schweiz unsere Bewegung ohnehin nie zum Sozialismus durchstossen würde.

2. Verdriessliche grundsätzliche Neinsager werden unter anderem zur Torpedierung irgendwelcher Verkehrsprojekte angespornt. Selten stand das Wort «Auto» für sich allein in der «AZ», meist hiess es: «Fetisch Auto». Ich war 20 Jahre lang Präsident einer Sektion des «Satus», welche vornehmlich aus qualifizierten Arbeitern bestand. Sie wohnten zum Teil weit weg, fuhren aber am Abend, schon im Trainer und in Turnschuhen, zur Halle ins Training, zu den alten Kameraden. Mit dem öffentlichen Verkehrsmittel wäre das unmöglich gewesen. Dann wohnen viele von unseren Vereinsmitgliedern in einem Häusermeer. Aber am Sonntag fahren sie möglichst weit weg ins Grüne, zum Beispiel in den dünn besiedelten Schwarzwald. Das schafft kein öffentliches Verkehrsmittel.

Mit dieser Antiverkehrs- und Antiautohetze zusammen wurde dann der ohnehin spiessige Leser noch gegen Staatsausgaben scharf gemacht. So erhielt einmal ein Artikel über das kantonale Budget den schwachsinnigen Titel: «Milliarden werden verbetoniert.»

Das letzte Zitat ist übrigens nur eines von vielen Beispielen dafür, wie sehr die Redaktion der «AZ» gegen den seinerzeit von Ueli Götsch aufgestellten Grundsatz zu verstossen pflegte, dass Information und Kommentar streng zu trennen seien.

Das zeigte sich vor allem beim andern, von Lenin gerügten Fehler, dem Sektierertum. Von dem kärglichen Papierraum, welcher der «AZ» zur Verfügung stand, wurde für Lob von Strassenpöbeleien, für antiautoritäre Erziehung, für Häuserbesetzer, für Anheizung hysterischer Angst vor

Kernkraftwerken ein Grossteil verschwendet. Nie las man zum Beispiel, dass unsere Ölheizungen im Verhältnis zu den Kernkraftwerken die grössere Gefahr darstellen, weil sie die Luft verschmutzen, unser Sauerstoffdefizit vergrössern und unsern Kohlensäureüberschuss vermehren.

Und dann verriet die «AZ» zuweilen eine zwar schüchterne, aber innige heimliche Liebe zum Terrorismus, was dann der Freisinnigen Partei ermöglichte, ihren Wahlkampf mit Erfolg im Zeichen von Ruhe und Ordnung zu führen.

Für was auch die oberflächlichen Sticheleien gegen das Militär? Warum die Anödereien gegen die Polizei und zum Beispiel die Bundesanwälte Walter und Gerber? Ich kenne beide und teile ihre politischen Ansichten vorwiegend nicht, aber es sind rechte Leute.

Einmal erschien eine Agenturmeldung über das bevorstehende Gerichtsverfahren gegen die an der Bändlistrasse ausgehobene Terroristenbande, welche so eine Art Baader-Meinhof-Imitation hatte werden wollen. Die «AZ» fühlte sich unbehaglich, einerseits hätte sie gerne die Terroristen unterstützt, andererseits aber... Also langte es zu dem unerforschlich dummen Titel: «Lohnt sich dieser Aufwand?»

Genau auf dieser Linie lag dann eine Politik, welche der «AZ» mit Recht den Übernamen «Araber-Zeitung» eingetragen hat. Dreimal wurde die Schweiz von paramilitärischen arabischen Gruppen angegriffen, wobei die hinter ihnen sich verbergenden arabischen Staaten eventuell Anstifter, Mittäter, Gehilfen, aber mindestens Begünstiger waren, nämlich beim Überfall auf die ELAL in Kloten, beim Massenmord von Würenlingen und bei der Entführung einer Swissairmaschine nach Zerqa, verbunden mit der kriminellen Erpressung der Freilassung hier rechtmässig inhaftierter Terroristen. Dann rannte gelegentlich die «AZ» herbei und beschwor die Leserschaft, nur jetzt nicht zu verallgemeinern, nicht in Emotionen zu machen usw.

Einmal kam eine Agenturmeldung über ein Gerichtsverfahren in Zypern gegen arabische Terroristen, welche auf dem dortigen Flugplatz ein Blutbad angerichtet hatten. Titel der «AZ» für diese Agenturmeldung: «Im Kampfe um die verlorene Heimat!» Man stelle sich vor, dass sogenannte heimatvertriebene Deutsche aus Königsberg, Danzig oder Breslau überall in der Welt herum derart terroristisch aktiv wären.

Im Kampf gegen Diktaturen können in Ausnahmefällen Terrorakte nützlich und damit auch gerechtfertigt sein, weil ja, genau genommen, Diktaturen gar nicht legale Regimes sein können. Wer aber in auch nur bürgerlichen Demokratien terrorisiert, der tarnt sich nur als Politiker, wie sich in alten Zeiten Räuber durch Mönchskutten tarnten. In Wirklichkeit sind es «Lust-Kriminelle», analog Lustmördern. Aber das hat die «AZ» nicht begriffen.

Wenn doch nur die «AZ»-Leute gemerkt hätten, wie sehr ihre Zeitung die eigentlichen Arbeiter, wie ich sie im «Satus» kennengelernt habe, anwiderte. Ein etwa 75jähriger, einst prominenter ehemaliger Parteifunktionär, sagte einmal, die «AZ» sei weder rechts noch links, sondern nur unseriös.

Und nach den berühmten Globuskrawallen von 1968 war ich gerade mit meiner Sektion an einem Turnfest. Wie dabei über die «Schnuderbuben» losgezogen wurde! Dabei befanden sich bei uns alte Arbeiter, welche Anno 1932 beim Monteurenstreik auf dem Helvetiaplatz im Kugelhagel der Polizei gestanden hatten.

Aber damals ging es um etwas Rechtes: um den Lohn.

Und hier stossen wir endlich auf die Klassenfront. Wenn wir vom Gelde reden, von unserem und dem der anderen, dann versteht uns jeder. Seit die Rezession begonnen hat, ist jeder Lohnabbau ein politischer Kampf. Hier wird nicht nur die betriebliche, sondern erst recht die überbetriebliche Mitbestimmung brennend aktuell. Nie soll ein Unternehmer einen Abbau damit begründen können, der andere mache es auch. Jeder Abbau vergrössert die Krise, denn das Übel liegt ja nicht in der Arbeitslosigkeit, sondern in der Lohnlosigkeit, also am Kaufkraftverlust. Der amerikanische Gelehrte Galbraith hat schon vor Jahren vorausschauend geschrieben, dass je grösser die Arbeitslosigkeit, desto mehr die Höhe der Arbeitslosenunterstützung sich der früheren Lohnhöhe annähern müsse, bis 95 Prozent.

Aber solche Gedanken las man nie (statt täglich) in der «AZ».

Vor der Rezession lag die Hauptfront bei der Reichtumssteuer. Die «AZ» hat darüber vieles und Gutgemeintes geschrieben, aber unklar. Man hätte zum Beispiel einmal sagen müssen, dass Reichtum überhaupt erst bei sechstelligem Einkommen anfängt. Ich vermisse auch tägliche Zahlenbeispiele: Wieviel versteuert ein Feinmechaniker bei so und so viel Lohn? Wieviel aber der Verwaltungsratspräsident einer Grossbank? Was würde unsere Steuervorlage daran ändern? Überhaupt ist es schade, dass man niemals mehr solche Artikel las wie meines Erinnerens im «Volksrecht» der dreissiger Jahre unter dem Pseudonym «Pollux». Dauernd wurden Zahlen über Grosseinkommen und Grossvermögen einzelner Persönlichkeiten veröffentlicht. Da habe ich sogar manchen Spiessbürger sagen hören, die Sozi hätten am Ende doch recht.

Der dauernd hämmernde Hinweis auf die Unerschöpflichkeit des privaten Reichtums, zu Lasten dessen unsere Probleme zu lösen wären, gäbe der Zeitung ein deutliches Profil. Dabei könnten persönliche Anödereien völlig unterbleiben. Man kann doch nicht vom Kapitalisten verlangen, dass er gegen seine Interessen und gegen seine Ansichten handle. Man sollte ihn vielmehr wegen seines sicheren Klasseninstinktes bewundern.

Natürlich ist es volkswirtschaftlich schädlich, wenn Häuser mit alten Wohnungen abgebrochen und durch private Bürohäuser ersetzt werden,

in denen für die Volksmehrheit unnützes Zeug geschrieben wird. Aber das geschähe nicht, wenn wir andere Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen und Wahlen hätten.

Deshalb sind krakehlige Hausbesetzungen ein Unsinn. Eine sozialdemokratische Schulungs-Tageszeitung sollte vielmehr öfter der Arbeitnehmerschaft ihre eigene Schuld vor die Nase halten, nämlich ihre Denkfaulheit beim Entscheid, ob und wie zu stimmen sei.

Und deshalb dürfen wir uns immer wieder und klar zur Demokratie bekennen. Denn der Stimmzettel, richtig gehandhabt, wäre der Stab des Moses, welcher in der Wüste belebendes Wasser aus dem Felsen schlägt.

Das alte «Volksrecht» war in seinen guten Zeiten streng demokratisch, aber in der Herausstellung der finanziellen Klassengegensätze eine brandrote Zeitung gewesen. Die Bürgerlichen liebten es nicht, aber sie respektierten es. Seine Getreuen hielten zu ihm. Später fing es an, ängstlich zu werden, die alten Abonnenten trauten ihm nicht mehr, die erwarteten Neuen aber nicht. Das Tempo dieser Entwicklung verzehnfachte sich nach der Umtaufe in «AZ». Man erlebte, dass deren Ausscheiden sogar in bürgerlichen Zeitungen bedauert wurde, so wie man das Aussterben des Wiedehopfes oder sonst eines wunderlichen Vogels bedauert.

Unsere künftige Zeitung, so es sie einst geben sollte, muss sich an den Rat aus Shakespeares Hamlet halten:

«Doch dies vor allem, sei Dir selber treu,
Und daraus folgt, so wie auf Nacht der Tag,
Du kannst nicht falsch sein gegen irgend wen.»